

Art. 3. - Dit besluit treedt in werking op 1 juli 2021.

Art. 4. - De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 1 juli 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/204884]

9. SEPTEMBER 2021 — Erlass der Regierung zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen und -modalitäten des Direktors eines anerkannten Zentrums für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 31, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021;

Aufgrund des ministeriellen Erlasses vom 20. November 1978 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen des Direktors eines Zentrums für ständige Weiterbildung;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 26. Mai 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 17. Juni 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 6. Juli 2021;

Aufgrund des Begutachtungsantrags innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, welcher dem Staatsrat am 1. Juli 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 vorgelegt wurde;

In Erwägung, dass das Gutachten nicht innerhalb dieser Frist mitgeteilt wurde;

Aufgrund des Artikels 84 § 4 Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,
Beschließt:

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Institut: das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
2. Zentrum: das Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen. Das Zentrum kann aus verschiedenen Standorten bestehen.

Art. 2 - Der Direktor eines anerkannten Zentrums nimmt folgende Aufgaben wahr:

1. in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des Zentrums die Festlegung der strategischen Entwicklung der dualen Ausbildung und beruflich-technischen Weiterbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Umsetzung im operativen Geschäft;

2. die Umsetzung der Vorgaben und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen insbesondere in Verbindung mit der Organisation der Grundausbildungskurse im Stadium der Lehre und der Ausbildung zum Meister sowie der Weiterbildungen, Umschulungen und Vorbereitungskurse auf die Prüfungen des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht;

3. den Dialog mit dem Institut als Aufsichtsbehörde;

4. die betriebswirtschaftliche und zukunftsorientierte Steuerung des Zentrums;

5. die Planung der täglichen Verwaltung, Strukturierung und Organisation des operativen Geschäfts des Zentrums mit den Kollegen des Direktionsteams sowie des Middle Managements;

6. die Dienstaufsicht über alle Vertragsnehmer des Zentrums;

7. die Verantwortung für das Qualitätsmanagement;

8. die Verantwortung für die Unterrichtsarbeit am Zentrum und gegebenenfalls an seinen unterschiedlichen Standorten;

9. die Verantwortung für eine gewinnbringende Entwicklung der Weiterbildungsabteilung;
10. die regelmäßige Berichterstattung über die tägliche Geschäftsführung an den Verwaltungsrat des Zentrums.

Unbeschadet der Bestimmungen über das Ende der Berufslaufbahn übt der Direktor seine Aufgaben unter einem Vollzeitarbeitsverhältnis aus.

Art. 3 - Um als Direktor eines anerkannten Zentrums gemäß Artikel 31 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen anerkannt zu werden, muss die Person:

1. eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades oder über gleichwertige Kompetenzen der Stufen 6, 7 oder 8 des Nationalen Qualifikationsrahmens gemäß dem Dekret vom 18. November 2013 zur Einführung eines Qualifikationsrahmens der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügen;

3. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht haben, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind;

4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen;

5. den Milizgesetzen genügt haben;

6. die deutsche Sprache gründlich beherrschen. Als Nachweis der gründlichen Beherrschung einer Sprache gelten die in Artikel 26 § 1 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise;

7. die französische Sprache gründlich beherrschen. Als Nachweis der gründlichen Beherrschung einer Sprache gelten die in Artikel 26 § 1 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise;

8. die Prüfung gemäß Artikel 4 bestanden haben.

Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.

Art. 4 - Im Falle des Freiwerdens der Direktorenfunktion informiert der Verwaltungsrat des Zentrums unverzüglich schriftlich das Institut und legt in Absprache mit dem Institut den Inhalt und die Modalitäten für den Bewerberaufruf und die Prüfung fest.

Das Institut informiert den für die Ausbildung zuständigen Minister mindestens 30 Kalendertage vor der Prüfung über die festgelegten Modalitäten.

Art. 5 - Das in Artikel 31 Absatz 2 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angeführte Gutachten des Instituts beruht auf dem Vorschlag einer vom Zentrum eingesetzten Prüfungskommission.

Die Prüfungskommission setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

1. zwei Mitglieder, die durch den Verwaltungsrat des Zentrums bezeichnet werden, wovon ein Mitglied der Präsident des Verwaltungsrates ist;

2. der Geschäftsführende Direktor des Instituts;

3. der Präsident des Verwaltungsrats des Instituts oder sein Vertreter;

4. ein Vertreter des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

5. ein Experte, der an der Prüfungserstellung beteiligt war.

Im Fall einer Fusion von bestehenden anerkannten Zentren und einer unmittelbaren Neubesetzung der Direktorenstelle kann die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitgliederanzahl verdreifacht werden.

Die Prüfungskommission prüft die in Artikel 3 angeführten Zulassungsbedingungen der Bewerber und ermittelt ihre Kompetenzen.

Die Prüfung enthält mindestens eine praxisbezogene Aufgabe, die mit dem in Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Experten erstellt wird. Um die Prüfung zu bestehen, erzielen die Bewerber bei jedem Prüfungsteil mindestens 50 % und insgesamt mindestens 60 % .

Auf Grundlage der Gesamtergebnisse lässt die Prüfungskommission dem Verwaltungsrat des Zentrums einen mit Gründen versehenen Bestimmungsvorschlag, das Prüfungsprotokoll und die Rangfolge der Bewerber zukommen. Der Verwaltungsrat des Zentrums stellt dem Institut seinen mit Gründen versehenen Bestimmungsvorschlag zu.

Auf Grundlage des Bestimmungsvorschlags des Zentrums erstellt das Institut ein Gutachten über die Anerkennung des Direktors und übermittelt es der Regierung zwecks Entscheidung.

Der für die Ausbildung zuständige Minister informiert das Institut und das Zentrum über die Entscheidung der Regierung. Die Bewerber werden vom Zentrum informiert.

Art. 6 - Die Ausübung der Direktorenfunktion ist unvereinbar mit einer Lehrkraftfunktion im Zentrum, mit Ausnahme eines vorläufigen und außergewöhnlichen Ersatzes.

Der Direktor kann nach Genehmigung des Verwaltungsrates des Zentrums andere berufliche Tätigkeiten als die des Direktors des Zentrums ausüben, insofern diese Tätigkeiten die vollzeitige Funktion des Direktors nicht beeinträchtigen und kein Interessenkonflikt oder unlauterer Wettbewerb für das Zentrum entsteht. Im Falle eines entsprechenden Antrags seitens des Direktors informiert der Verwaltungsrat des Zentrums das Institut über seine begründete Entscheidung.

Art. 7 - Der Direktor wird alle fünf Jahre durch eine Evaluationskommission bewertet.

Die Evaluationskommission setzt sich wie die in Artikel 5 angeführte Prüfungskommission zusammen.

Die Bewertung bezieht sich auf die Umsetzung des strategischen Plans des Direktors und die Ausführung der in Artikel 2 erwähnten Aufgaben des Direktors.

Der Direktor verfasst vor dem Bewertungsgespräch einen Bericht, in dem er eine Bilanz seiner Tätigkeit der letzten Jahre zieht und in dem er Vorschläge zur weiteren strategischen Entwicklung der dualen Ausbildung und beruflich-technischen Weiterbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft formuliert. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs.

Das Institut erstellt die Bewertungstabelle für die Mitglieder der Evaluationskommission und den Bewertungsbericht.

Das Institut legt seinem Verwaltungsrat und dem Verwaltungsrat des Zentrums den Bewertungsbericht spätestens zwei Monate nach dem Bewertungsgespräch vor.

Im Falle, dass der Bewertungsbericht Vorbehalte enthält oder die Bewertung negativ ausfällt, wird die Anerkennung ausgesetzt und die Evaluationskommission legt einen Aufholplan und eine äußerste Frist für eine neue Bewertung durch die Evaluationskommission fest. Wenn diese erneute Bewertung in einem negativen Bewertungsbericht mündet, schlägt die Evaluationskommission einen Anerkennungsentszug gemäß Artikel 8 vor.

Die Aussetzung der Anerkennung hat keine Auswirkung auf die Bezuschussung der Direktorenstelle.

Art. 8 - Stellt der Verwaltungsrat des Zentrums oder das Institut fest, dass der Direktor die in den Artikeln 3 oder 6 festgelegten Bestimmungen nicht erfüllt oder den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt oder schlägt die Evaluationskommission einen Anerkennungsentszug vor, teilt das Institut dem Direktor Folgendes per Einschreiben mit:

1. die Beweggründe seines vorläufigen Beschlussvorschlags zum Anerkennungsentszug;
2. die Modalitäten für seine Anhörung;
3. seine Rechte zur Akteneinsicht und Erstellung einer Kopie der Akte vor der Anhörung;
4. seine Möglichkeit, sich während des gesamten Verfahrens von einem Rechtsbeistand begleiten zu lassen.

Die Anhörung vor dem Verwaltungsrat des Instituts findet mindestens 30 Kalendertage nach dem Versand des Einschreibens statt.

Der Direktor stellt innerhalb von zehn Kalendertagen ab Anhörung dem Institut seine schriftlichen Anmerkungen zu. Nach Ablauf dieser Frist kann das Institut den begründeten Beschlussvorschlag zum Anerkennungsentszug des Direktors fassen. In diesem Falle bittet das Institut den Verwaltungsrat des Zentrums innerhalb von zehn Kalendertagen ab Erhalt der vollständigen Akte um Stellungnahme. Gibt der Verwaltungsrat des Zentrums keine fristgerechte Stellungnahme ab, wird die Akte für die Weiterleitung an die Regierung als vollständig betrachtet.

Das Institut stellt der Regierung seinen mit Gründen versehenen Beschlussvorschlag zum Anerkennungsentszug zu.

Die Regierung entscheidet über den Anerkennungsentszug innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab Erhalt der vollständigen Akte.

Der für die Ausbildung zuständige Minister teilt dem Direktor, dem Zentrum und dem Institut die Entscheidung der Regierung mit und informiert den Direktor über seine Einspruchsmöglichkeiten im Falle eines Anerkennungsentszuges.

Die Bezuschussung der Direktorenstelle wird gemäß Artikel 6 des Erlasses der Regierung vom 21. März 2002 zur Bezuschussung von Personal- und Funktionskosten in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen beim Anerkennungsentszug des Direktors spätestens am Ende der gesetzlichen Kündigungsfrist eingestellt.

Art. 9 - Die Anerkennung des Direktors endet von Amts wegen:

1. im Falle seines Rücktritts und ab dem Datum des Inkrafttretens dieses Rücktritts;
2. am ersten Tag des Folgemonats des Antritts seines Ruhestands;
3. am Tag seines Todes.

In den in Absatz 1 angeführten Fällen informiert der Verwaltungsrat des Zentrums das Institut und den für die Ausbildung zuständigen Minister unverzüglich.

Art. 10 - Der ministerielle Erlass vom 20. November 1978 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen des Direktors eines Zentrums für ständige Weiterbildung ist aufgehoben.

Art. 11 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.

Art. 12 - Der für die Ausbildung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. September 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH
Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/204884]

9 SEPTEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement fixant les conditions et modalités d'agrégation du directeur d'un centre agréé de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, l'article 31, modifié par le décret du 28 juin 2021;

Vu l'arrêté ministériel du 20 novembre 1978 fixant les conditions d'agrégation du directeur de Centre de Formation permanente;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 26 mai 2021;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 17 juin 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 juillet 2021;

Vu la demande d'avis dans un délai de trente jours déposée au Conseil d'État le 1^{er} juillet 2021 en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que l'avis demandé n'a pas été rendu dans ce délai;

Vu l'article 84, § 4, alinéa 2, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o Institut : l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

2^o centre : le Centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME. Le centre peut compter plusieurs implantations.

Art. 2. Le directeur d'un centre agréé assume les missions suivantes :

1^o en coopération avec le conseil d'administration du centre, fixer l'évolution stratégique de la formation en alternance et de la formation technico-professionnelle continue en Communauté germanophone, ainsi que sa mise en œuvre opérationnelle;

2^o appliquer les prescriptions et respecter les dispositions légales, notamment en lien avec l'organisation des cours de formation de base au stade de l'apprentissage et de la formation de chef d'entreprise ainsi que des formations continues, recyclages et cours préparatoires aux examens présentés devant le jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire;

3^o dialoguer avec l'Institut en tant qu'autorité de tutelle;

4^o assurer une gestion économique du centre, orientée sur l'avenir;

5° planifier la gestion journalière, structurer et organiser le fonctionnement opérationnel du centre avec les collègues de l'équipe dirigeante et de la gestion intermédiaire (*Middle Management*);

6° surveiller tous les contractants du centre;

7° être responsable de la gestion de la qualité;

8° être responsable du travail didactique réalisé au centre et, le cas échéant, dans ses différentes implantations;

9° être responsable du développement lucratif de la section « Formation continue »;

10° rendre régulièrement au conseil d'administration du centre des rapports à propos de la gestion journalière.

Sans préjudice des dispositions relatives à la fin de carrière professionnelle, le directeur exerce ses missions dans le cadre d'un contrat de travail à temps plein.

Art. 3. Pour être agréé comme directeur d'un centre agréé conformément à l'article 31 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, la personne doit :

1° remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'État; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément aux dispositions de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980;

2° être porteur au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré ou disposer de compétences équivalentes des niveaux 6, 7 ou 8 du cadre national de certification, conformément au décret du 18 novembre 2013 instaurant un cadre des certifications pour la Communauté germanophone;

3° avoir introduit sa candidature dans les forme et délai fixés dans l'appel aux candidats;

4° jouir des droits civils et politiques;

5° avoir satisfait aux lois sur la milice;

6° avoir une connaissance approfondie de la langue allemande. Les titres énumérés à l'article 26, § 1^{er}, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement constituent la preuve de la connaissance approfondie d'une langue;

7° avoir une connaissance approfondie de la langue française. Les titres énumérés à l'article 26, § 1^{er}, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement constituent la preuve de la connaissance approfondie d'une langue;

8° avoir réussi l'examen conformément à l'article 4.

L'alinéa 1^{er}, 1°, b) à d), sert à transposer la directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative aux titres de séjour délivrés aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou qui ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de la protection à fournir.

Art. 4. Si la fonction de directeur devient vacante, le conseil d'administration du centre en informe immédiatement l'Institut par écrit et fixe, en concertation avec celui-ci, les modalités pour l'appel aux candidats et l'examen.

Au moins trente jours calendrier avant l'examen, l'Institut communique les modalités fixées au Ministre compétent en matière de Formation.

Art. 5. L'avis mentionné à l'article 31, alinéa 2, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, rendu par l'Institut, repose sur une proposition formulée par un jury d'examen installé par un centre.

La commission se compose des personnes suivantes :

1° deux membres désignés par le conseil d'administration du centre, dont le président dudit conseil;

2° le directeur délégué de l'Institut;

3° le président du conseil d'administration de l'Institut ou son délégué;

4° un représentant du Ministre compétent en matière de Formation;

5° un expert ayant participé à l'établissement de l'examen.

En cas de fusion de centres agréés existants et de l'attribution immédiate du nouvel emploi de directeur, le nombre de membres mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, peut être triplé.

Le jury d'examen vérifie si les conditions d'admission des candidats mentionnées à l'article 3 sont ou non remplies et détermine leurs compétences.

L'examen comporte au moins une tâche pratique conçue avec l'expert mentionné à l'alinéa 1^{er}, 5°. Pour réussir l'examen, les candidats doivent obtenir au moins 50 % dans chacune des épreuves et au moins 60 % au total.

Au vu du résultat global, le jury d'examen fait parvenir au conseil d'administration du centre une proposition motivée de désignation, le procès-verbal de l'examen et le classement des candidats. Le conseil d'administration du centre transmet à l'Institut sa proposition motivée de désignation.

En s'appuyant sur la proposition de désignation établie par le centre, l'Institut rend un avis relatif à l'agrégation du directeur et le transmet au Gouvernement pour décision.

Le Ministre compétent en matière de Formation informe l'Institut et le centre de la décision prise par le Gouvernement. Les candidats sont informés par le centre.

Art. 6. L'exercice de la fonction de directeur est incompatible avec celle de professeur au sein du centre, à l'exception d'un remplacement temporaire et exceptionnel.

Moyennant l'autorisation préalable du conseil d'administration du centre, le directeur peut exercer d'autres activités, pour autant que celles-ci ne portent pas atteinte à l'exercice à temps plein de la fonction de directeur et n'engendrent aucun conflit d'intérêt ni concurrence déloyale pour le centre. Si le directeur introduit une demande en ce sens, le conseil d'administration du centre informe l'Institut de la décision motivée qu'il a prise.

Art. 7. Le directeur est évalué tous les cinq ans par une commission d'évaluation.

La commission d'évaluation se compose de la même manière que le jury d'examen mentionné à l'article 5.

L'évaluation porte sur la mise en œuvre du plan stratégique établi par le directeur et l'exécution des missions du directeur mentionnées à l'article 2.

Avant l'entretien d'évaluation, le directeur établit un rapport dans lequel il dresse un bilan de son activité au cours des dernières années et formule des propositions pour le développement stratégique futur de la formation en alternance et de la formation technico-professionnelle continue en Communauté germanophone. Ce rapport sert de base à l'entretien d'évaluation.

L'Institut établit le tableau d'évaluation pour les membres de la commission d'évaluation et le rapport d'évaluation.

Au plus tard deux mois après l'entretien d'évaluation, l'Institut soumet son rapport d'évaluation à son conseil d'administration et à celui du centre.

Si le rapport d'évaluation contient des réserves ou que l'évaluation est négative, l'agrégation est suspendue, et la commission d'évaluation fixe un plan de rattrapage ainsi qu'un délai de rigueur pour une nouvelle évaluation par elle. Si la nouvelle évaluation se conclut par un rapport négatif, la commission d'évaluation propose le retrait de l'agrégation conformément à l'article 8.

La suspension de l'agrégation n'a aucune répercussion sur le subventionnement de l'emploi de directeur.

Art. 8. Si le conseil d'administration du centre ou l'Institut constate que le directeur ne remplit pas les dispositions fixées aux articles 3 ou 6 ou ne satisfait pas aux obligations lui imposées, ou si la commission d'évaluation propose un retrait de l'agrégation, l'Institut communique au directeur par lettre recommandée ce qui suit :

- 1° les motivations qui sous-tendent sa proposition provisoire de retrait de l'agrégation;
- 2° les modalités de son audition;
- 3° ses droits en ce qui concerne l'accès à son dossier et l'obtention d'une copie du dossier avant l'audition;
- 4° la possibilité pour lui de se faire accompagner de son conseil pendant toute la procédure.

L'audition par le conseil d'administration intervient au moins trente jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée.

Dans les dix jours calendrier suivant l'audition, le directeur fait parvenir ses remarques écrites à l'Institut. Au terme de ce délai, l'Institut peut rédiger la proposition motivée de retrait de l'agrégation du directeur. Dans ce cas, l'Institut demande au conseil d'administration du centre de prendre position dans les dix jours calendrier suivant la réception du dossier complet. Si le conseil d'administration du centre ne prend pas position dans le délai imparti, le dossier est considéré complet en vue de la transmission au Gouvernement.

L'Institut fait parvenir au Gouvernement sa proposition motivée de retrait de l'agrégation.

Le Gouvernement statue sur le retrait de l'agrégation dans un délai de trente jours calendrier suivant la réception du dossier complet.

Le Ministre compétent en matière de Formation communique au directeur, au centre et à l'Institut la décision prise par le Gouvernement et informe le directeur de ses possibilités de recours en cas de retrait de l'agrégation.

Conformément à l'article 6 de l'arrêté du Gouvernement du 21 mars 2002 portant subventionnement des frais de personnel et de fonctionnement relatifs à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, le subventionnement de l'emploi de directeur cesse au plus tard à la fin du préavis légal en cas de retrait de l'agrégation du directeur.

Art. 9. L'agrégation du directeur cesse d'office :

- 1° s'il démissionne, à dater de l'entrée en vigueur de cette démission;
- 2° le premier jour du mois qui suit sa mise à la retraite;
- 3° le jour de son décès.

Dans les cas mentionnés à l'alinéa 1^{er}, le conseil d'administration du centre informe immédiatement l'Institut et le Ministre compétent en matière de Formation.

Art. 10. L'arrêté ministériel du 20 novembre 1978 fixant les conditions d'agrégation du directeur du Centre de Formation permanente est abrogé.

Art. 11. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} juillet 2021.

Art. 12. Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 9 septembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH
La Ministre de l'Éducation et
de la Recherche scientifique,
L. KLINKENBERG

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/204884]

9 SEPTEMBER 2021. — Besluit van de Regering tot vaststelling van de voorwaarden en nadere regels voor de erkenning van de directeur van een erkend centrum voor voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s, artikel 31, gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021;

Gelet op het ministerieel besluit van 20 november 1978 houdende bepaling van de erkenningsvoorwaarden van de directeur van het Centrum voor Voortdurende Vorming;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, gegeven op 26 mei 2021;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 17 juni 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 6 juli 2021;

Gelet op de aanvraag om advies binnen een termijn van dertig dagen die op 1 juli 2021 bij de Raad van State werd ingediend met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat het advies niet binnen de gestelde termijn werd verstrekt;

Gelet op artikel 84, § 4, tweede lid, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Opleiding;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° Instituut: het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;

2° centrum: het centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's. Het centrum kan verschillende locaties hebben.

Art. 2. De directeur van een erkend centrum vervult de volgende taken :

1° in samenwerking met de raad van bestuur van het centrum de strategische ontwikkeling van de duale opleiding en de beroeps-technische voortgezette opleiding in de Duitstalige Gemeenschap bepalen, alsook de operationele implementatie ervan;

2° de vereisten toepassen en de wettelijke bepalingen naleven, in het bijzonder in verband met de organisatie van de basiscursussen in het stadium van de leertijd en in het stadium van de opleiding tot ondernemingshoofd, alsook van de voortgezette opleidingen, omscholingen en cursussen ter voorbereiding van de examens van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het middelbaar onderwijs;

3° de dialoog met het Instituut dat optreedt als toezichhoudende overheid;

4° het centrum bedrijfseconomisch en toekomstgericht sturen;

5° het dagelijks beheer plannen, de operationele verrichtingen van het centrum structureren en organiseren met de collega's van het directieteam en met het middenmanagement;

6° toezicht op en verantwoordelijkheid voor iedereen die een overeenkomst met het centrum heeft gesloten;

7° verantwoordelijkheid voor het kwaliteitsmanagement;

8° verantwoordelijkheid voor het onderwijs dat wordt gegeven aan het centrum en, in voorkomend geval, op zijn verschillende locaties;

9° verantwoordelijkheid voor een winstgevende ontwikkeling van de afdeling voortgezette opleidingen;

10° regelmatig verslag uitbrengen over het dagelijks bestuur aan de raad van bestuur van het centrum.

Met behoud van de toepassing van de eindeloopbaanregelingen oefent de directeur zijn functie via een voltijdse arbeidsovereenkomst uit.

Art. 3. Om te worden erkend als directeur van een erkend centrum overeenkomstig artikel 31 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, moet betrokkene :

1° voldoen aan één van de volgende voorwaarden :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezeten onderdaan van een derde land hebben overeenkomstig de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben overeenkomstig de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) een verblijfstitel bezitten krachtens de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980;

2° minstens een diploma hoger onderwijs van de eerste graad hebben of gelijkwaardige competenties op niveau 6, 7 of 8 van het nationale kwalificatieraamwerk overeenkomstig het decreet van 18 november 2013 tot invoering van het kwalificatieraamwerk van de Duitstalige Gemeenschap;

3° de sollicitatie ingediend hebben in de vorm en binnen de termijn die in de oproep tot de gegadigden werd bepaald;

4° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

5° aan de dienstplichtwetten hebben voldaan;

6° een grondige kennis van het Duits hebben. Als bewijzen voor de grondige kennis van een taal gelden de bewijzen vermeld in artikel 26, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs;

7° een grondige kennis van het Frans hebben. Als bewijzen voor de grondige kennis van een taal gelden de bewijzen vermeld in artikel 26, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs;

8° geslaagd zijn voor het examen overeenkomstig artikel 4.

Het eerste lid, 1°, b) tot d), voorziet in de omzetting van de richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezeten onderdanen van derde landen, van de richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming.

Art. 4. Als de functie van directeur vacant wordt, deelt de raad van bestuur van het centrum dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het Instituut en legt, in overleg met het Instituut, de inhoud en de nadere regels van de oproep tot de gegadigden en het examen vast.

Het Instituut deelt de vastgelegde nadere regels minstens dertig kalenderdagen vóór het examen mee aan de minister die bevoegd is voor Opleiding.

Art. 5. Het advies van het Instituut vermeld in artikel 31, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, berust op het voorstel van een door het centrum aangestelde examencommissie.

De examencommissie bestaat uit de volgende personen :

1° twee leden die door de raad van bestuur van het centrum worden aangewezen, waarbij één lid de voorzitter van de raad van bestuur is;

2° de afgevaardigd directeur van het Instituut;

3° de voorzitter van de raad van bestuur van het Instituut of diens vertegenwoordiger;

4° een vertegenwoordiger van de minister die bevoegd is voor Opleiding;

5° een deskundige die bij de opmaak van het examen betrokken was.

Als bestaande erkende centra fuseren en de betrekking van directeur onmiddellijk nieuw ingevuld wordt, kan het ledenaantal vermeld in het eerste lid, 1°, worden verdrievoudigd.

De examencommissie onderzoekt de in artikel 3 vermelde toelatingsvoorwaarden van de kandidaten en stelt hun competenties vast.

Het examen omvat ten minste één praktische opdracht die samen met de deskundige vermeld in het eerste lid, 5°, wordt opgesteld. Om voor het examen te slagen, moeten de kandidaten minstens 50 % in ieder vak en 60 % in totaal behalen.

Op basis van de einduitslag zendt de examencommissie een met redenen omklede voordracht, het verslag van het examen en de rangorde van de kandidaten toe aan de raad van bestuur van het centrum. De raad van bestuur van het centrum zendt zijn met redenen omklede voordracht toe aan het Instituut.

Op basis van de voordracht van het centrum stelt het Instituut een advies over de erkenning van de directeur op en zendt het Instituut dit advies toe aan de Regering met het oog op een beslissing.

De minister die bevoegd is voor Opleiding deelt de beslissing van de Regering mee aan het Instituut en aan het centrum. De kandidaten worden op de hoogte gebracht door het centrum.

Art. 6. De uitoefening van de functie van directeur is onverenigbaar met de functie van leerkracht in het centrum, met uitzondering van een tijdelijke en uitzonderlijke vervanging.

De directeur kan, na goedkeuring door de raad van bestuur van het centrum, andere beroepsactiviteiten uitoefenen, mits deze activiteiten niet strijdig zijn met de voltijdse functie van directeur en geen belangenconflict of oneerlijke concurrentie voor het centrum doen ontstaan. Indien de directeur hierom verzoekt, deelt de raad van bestuur van het centrum zijn met redenen omklede beslissing mee aan het Instituut.

Art. 7. De directeur wordt om de vijf jaar geëvalueerd door een evaluatiecommissie.

De evaluatiecommissie wordt op dezelfde wijze samengesteld als de examencommissie vermeld in artikel 5.

De evaluatie heeft betrekking op de uitvoering van het strategisch plan van de directeur en de uitvoering van de in artikel 2 vermelde taken van de directeur.

Voorafgaand aan het evaluatiegesprek schrijft de directeur een verslag waarin hij de balans opmaakt van zijn werkzaamheden van de afgelopen jaren en waarin hij voorstellen formuleert voor de verdere strategische ontwikkeling van de duale opleiding en de beroeps-technische voortgezette opleiding in de Duitstalige Gemeenschap. Dat verslag dient als basis voor het evaluatiegesprek.

Het Instituut maakt de evaluatietabel voor de leden van de evaluatiecommissie en het evaluatieverslag op.

Het Instituut legt het evaluatieverslag uiterlijk twee maanden na het evaluatiegesprek voor aan zijn eigen raad van bestuur en aan de raad van bestuur van het centrum.

Als in het evaluatieverslag voorbehoud wordt gemaakt of als de evaluatie negatief is, wordt de erkenning opgeschort, stelt de evaluatiecommissie een inhaalplan op en bepaalt ze een uiterste termijn voor haar nieuwe evaluatie. Indien deze nieuwe evaluatie een negatief evaluatieverslag oplevert, stelt de evaluatiecommissie voor de erkenning in te trekken overeenkomstig artikel 8.

De opschorting van de erkenning heeft geen gevolgen voor de subsidiëring van de betrekking van directeur.

Art. 8. Indien de raad van bestuur van het centrum of het Instituut vaststelt dat de directeur de bepalingen van artikel 3 of artikel 6 niet nakomt of zijn verplichtingen niet nakomt, of indien de evaluatiecommissie voorstelt de erkenning in te trekken, deelt het Instituut aangetekend het volgende mee aan de directeur:

1° de redenen voor zijn voorlopige voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning;

2° de nadere regels voor zijn hoorzitting;

3° zijn rechten om het dossier in te zien en er een kopie van te maken voor de hoorzitting;

4° de mogelijkheid om tijdens de hele procedure door een advocaat te worden bijgestaan.

De hoorzitting voor de raad van bestuur van het Instituut vindt plaats ten minste dertig kalenderdagen na de verzending van het aangetekend schrijven.

De directeur zendt zijn schriftelijke opmerkingen binnen tien kalenderdagen, te rekenen vanaf de hoorzitting, toe aan het Instituut. Na het verstrijken van die termijn kan het Instituut een met redenen omkleed voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning van de directeur aannemen. In dat geval vraagt het Instituut aan de raad van bestuur van het centrum om binnen tien kalenderdagen na ontvangst van het volledige dossier zijn standpunt te kennen te geven. Indien de raad van bestuur van het centrum zijn standpunt niet binnen de gestelde termijn te kennen geeft, wordt het dossier geacht volledig te zijn en aan de Regering te kunnen worden voorgelegd.

Het Instituut zendt zijn met redenen omkleed voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning toe aan de Regering.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het volledig dossier beslist de Regering over de intrekking van de erkenning.

De minister die bevoegd is voor Opleiding deelt de beslissing van de Regering mee aan de directeur, aan het centrum en aan het Instituut en hij licht de directeur in over zijn beroepsmogelijkheden in geval van intrekking van de erkenning.

Als de erkenning wordt ingetrokken, wordt de subsidiëring van de betrekking van directeur uiterlijk op het einde van de wettelijke opzeggingstermijn stopgezet overeenkomstig artikel 6 van het besluit van de Regering van 21 maart 2002 houdende subsidiëring van de personeels- en werkingskosten met betrekking tot de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's.

Art. 9. De erkenning van de directeur eindigt van ambtswege:

1° in geval van ontslag en vanaf de datum van inwerkingtreding van dat ontslag;

2° op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin hij met pensioen gaat;

3° op de dag van zijn overlijden.

In de gevallen vermeld in het eerste lid worden het Instituut en de minister die bevoegd is voor Opleiding onmiddellijk op de hoogte gebracht door de raad van bestuur van het centrum.

Art. 10. Het ministerieel besluit van 20 november 1978 houdende bepaling van de erkenningsvoorwaarden van de directeur van het Centrum voor Voortdurende Vorming wordt opgeheven.

Art. 11. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 juli 2021.

Art. 12. De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 9 september 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

L. KLINKENBERG